

Pressemitteilungen

Copyright © 2006 BVerfG

Bundesverfassungsgericht - Pressestelle -**Pressemitteilung Nr. 36/2001 vom 6. April 2001**Dazu [Beschluss](#) vom 15. März 2001 - 2 BvR 1841/00 u. a. -

Weitere Entscheidungen zum "genetischen Fingerabdruck"

Im Anschluss an die grundsätzliche Billigung der Vorschriften über den "genetischen Fingerabdruck" bei verurteilten Straftätern (Beschluss vom 14. Dezember 2000, 2 BvR 1741/99, Pressemitteilung [Nr. 8/2001](#) vom 18. Januar 2001) hat die 3. Kammer des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) mit Beschluss vom 15. März 2001 in vier Fällen die Anwendung dieser Bestimmungen für verfassungswidrig erklärt.

Dem Beschluss liegen vier Verfahren zugrunde. Die Beschwerdeführer (Bf) waren alle mehrfach mit Diebstählen, Körperverletzungen oder Betäubungsmitteldelikten straffällig geworden und zu Geld- und Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 2 Jahren, jeweils auf Bewährung, verurteilt worden. In allen Fällen hatten die Amtsgerichte die Speicherung des "genetischen Fingerabdrucks" auf der Grundlage von § 2 DNA-IfG i. V. m. § 81 g Abs. 1 StPO angeordnet. Rechtsmittel der Bf blieben erfolglos.

Das BVerfG hat in allen Fällen die Beschlüsse der Amtsgerichte und die sie bestätigenden Beschlüsse der Landgerichte aufgehoben, weil durch sie die Bf in ihrem Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 GG) verletzt werden. Die Begründungen der Fachgerichte lassen sämtlich nicht erkennen, dass die erforderliche umfangreiche und gründliche Prüfung des Einzelfalls durchgeführt worden ist. In diesem Zusammenhang weist die Kammer erneut darauf hin, dass die Speicherung des "genetischen Fingerabdrucks" nur unter engen Voraussetzungen angeordnet werden darf. So entbindet der Umstand, dass ein Betroffener sich eine Katalogtat des § 81 g StPO hat zuschulden kommen lassen, nicht in jedem Fall von einer einzelfallbezogenen Prüfung, ob es sich dabei um eine Straftat von erheblicher Bedeutung gehandelt hat. Gibt es etwa aufgrund milder Strafen oder einer Strafaussetzung zur Bewährung Hinweise darauf, dass ein von der Regel abweichender Ausnahmefall vorliegt, muss die Entscheidung sich damit im Einzelnen auseinandersetzen. Ebenso wenig genügt die reine Erwähnung vorangegangener Verurteilungen für eine Gefahrenprognose. Die Prognose muss auf den Einzelfall bezogen sein und unter Berücksichtigung der Lebenssituation die Persönlichkeit des Betroffenen würdigen. Bei der Beurteilung der von einem Betroffenen heute ausgehenden Gefahren fällt die seit der letzten Straftat verstrichene Dauer ebenso ins Gewicht wie besondere Umstände, die zur damaligen Tat geführt haben. Eine Strafaussetzung zur Bewährung ist in diese Würdigung einzubeziehen. Sie schließt nicht automatisch die negative Prognose aus. Will das Gericht von ihr abweichen, muss es dies jedoch im einzelnen begründen.

Beschluss vom 15. März 2001

- Az. 2 BvR 1841/00, 2 BvR 1876/00, 2 BvR 2132/00, 2 BvR 2307/00 -

Karlsruhe, den 6. April 2001

Zum [ANFANG](#) des Dokuments

Entscheidungen

Copyright © 2006 BVerfG

Zitierung: BVerfG, 2 BvR 1841/00 vom 15.3.2001, Absatz-Nr. (1 - 54), http://www.bverfg.de/entscheidungen/rk20010315_2bvr184100.html

Frei für den privaten Gebrauch. Kommerzielle Nutzung nur mit Zustimmung des Gerichts.

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 2 BvR 1841/00 -
- 2 BvR 1876/00 -
- 2 BvR 2132/00 -
- 2 BvR 2307/00 -

**Im Namen des Volkes****In den Verfahren
über
die Verfassungsbeschwerden**

1. des Herrn A...

- Bevollmächtigte:
Rechtsanwälte Jürgen Bergfeld und Koll.,
Rathausplatz 21-23, 58507 Lüdenscheid -

- gegen a) den Beschluss des Landgerichts Hagen vom 30. August 2000 - 43 Qs
107/00 -,
b) den Beschluss des Amtsgerichts Lüdenscheid vom 3. Juli 2000 - 6 Gs
469/00 -

- 2 BvR 1841/00 -,

2. H...

- Bevollmächtigter:
Rechtsanwalt Jochen Schulz,
August-Bebel-Straße 166, 33602 Bielefeld -

- gegen a) den Beschluss des Landgerichts Bielefeld vom 8. September 2000 - Qs
386/00 III -,
b) den Beschluss des Amtsgerichts Bielefeld vom 11. Juli 2000 - 9 Gs 2312/00 -
,
c) mittelbar § 2 DNA-IfG

- 2 BvR 1876/00 -,

3. S...

- Bevollmächtigter:
Rechtsanwalt Hubert Thill,
Marktstraße 8, 76744 Wörth -

gegen a) den Beschluss des Landgerichts Landau in der Pfalz vom 25. Oktober 2000 -
1 Qs 138/00 -,

b) den Beschluss des Amtsgerichts Kandel vom 10. Juli 2000 - Gs 65/00 -

- 2 BvR 2132/00 -,

4. P...

- Bevollmächtigte:
Rechtsanwälte Daniel Mahler und Koll.,
Wielandstraße 17, 89250 Senden -

gegen a) den Beschluss des Landgerichts Ulm (Donau) vom 23. November 2000 - II
Qs 2128/00 -,

b) den Beschluss des Amtsgerichts Ulm/Donau vom 12. Oktober 2000 - 5 Gs
1440/00 -,

c) mittelbar § 2 DNA-IffG i. V. m. § 81 g Abs. 1 StPO

- 2 BvR 2307/00 -

hat die 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch

die Richterin Präsidentin Limbach
und die Richter Hassemer,
Mellinghoff

gemäß § 93c in Verbindung mit § 93a Absatz 2 Buchstabe b BVerfGG in der Fassung der Bekanntmachung
vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473) am 15. März 2001 einstimmig beschlossen:

1. Die Verfassungsbeschwerde-Verfahren werden verbunden.
2. Die Beschlüsse des Amtsgerichts Lüdenscheid vom 3. Juli 2000 - 6 Gs 469/00 - und des Landgerichts Hagen vom 30. August 2000 - 43 Qs 107/00 - verletzen den Beschwerdeführer zu 1. in seinem Grundrecht aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes. Sie werden aufgehoben. Die Sache wird an das Amtsgericht Lüdenscheid zurückverwiesen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat dem Beschwerdeführer zu 1. die notwendigen Auslagen zu erstatten.
3. Die Beschlüsse des Amtsgerichts Bielefeld vom 11. Juli 2000 - 9 Gs 2312/00 - und des Landgerichts Bielefeld vom 8. September 2000 - Qs 386/00 III - verletzen den Beschwerdeführer zu 2. in seinem Grundrecht aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes. Sie werden aufgehoben. Die Sache wird an das Amtsgericht Bielefeld zurückverwiesen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat dem Beschwerdeführer zu 2. die notwendigen Auslagen zu erstatten.
4. Die Beschlüsse des Amtsgerichts Kandel vom 10. Juli 2000 - Gs 65/00 - und des Landgerichts Landau in der Pfalz vom 25. Oktober 2000 - 1 Qs 138/00 - verletzen den Beschwerdeführer zu 3. in seinem Grundrecht aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes. Sie werden aufgehoben. Die Sache wird an das Amtsgericht Kandel zurückverwiesen. Das Land Rheinland-Pfalz hat dem Beschwerdeführer zu 3. die notwendigen Auslagen zu erstatten.
5. Die Beschlüsse des Amtsgerichts Ulm/Donau vom 12. Oktober 2000 - 5 Gs 1440/00 - und des Landgerichts Ulm (Donau) vom 23. November 2000 - II Qs 2128/00 - verletzen den Beschwerdeführer zu 4. in seinem Grundrecht aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes. Sie werden aufgehoben. Die Sache wird an das Amtsgericht Ulm/Donau zurückverwiesen. Das Land Baden-Württemberg hat dem Beschwerdeführer zu 4. die notwendigen Auslagen zu erstatten.

Gründe:**A.**

1

Die Verfassungsbeschwerden betreffen richterliche Anordnungen der Entnahme von Körperzellen und deren molekulargenetische Untersuchung zur Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren nach § 2 DNA-IFG i. V. m. § 81 g Abs. 1 StPO.

I. Die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1841/00

2

1. Anlass der gegen den Beschwerdeführer zu 1. mit Beschluss vom 3. Juli 2000 angeordneten Entnahme von Zellproben zur Feststellung seines DNA-Identifizierungsmusters war eine Verurteilung des Amtsgerichts Lüdenscheid vom 8. Mai 1989 wegen Diebstahls in einem besonders schweren Fall. Der Beschwerdeführer war seinerzeit zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten zur Bewährung verurteilt worden, die nach Ablauf der Bewährungszeit mit Wirkung vom 17. Juni 1992 erlassen worden war. Der Bundeszentralregisterauszug vom 9. Juni 2000 weist sechs weitere Eintragungen auf, denen Verurteilungen aus den Jahren 1981 bis 1985 u. a. wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls in zwei Fällen und Anstiftung zur Körperverletzung in Tateinheit mit versuchter Nötigung sowie aus den Jahren 1991 und 1997 wegen fahrlässiger Trunkenheit im Verkehr zugrundeliegen.

3

Das Amtsgericht erkannte in der am 18. Februar 1986 begangenen, noch nicht im Bundeszentralregister getilgten Straftat "eine Katalogtat nach § 2 c DNA-IFG" und damit eine Tat von erheblicher Bedeutung und begründete die Negativprognose damit, dass der Beschwerdeführer bereits einschlägig vorbestraft gewesen sei. Der Prognose stünde auch nicht entgegen, dass die gegen ihn verbüßte Strafe zur Bewährung ausgesetzt worden sei. An die Prognoseentscheidung seien keine zu strengen Anforderungen zu stellen, da der Eingriff in Rechte des Beschwerdeführers vergleichsweise gering sei. Es genüge, wenn der festgestellte Sachverhalt nach kriminalistischer Erfahrung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls Anhaltspunkte dafür biete, dass der Verurteilte hinsichtlich zu klärender oder künftig in Betracht kommender Straftaten in den Kreis möglicher Täter einzubeziehen sei und die durch die DNA-Analyse gewonnenen Ergebnisse zu seiner Be- oder Entlastung beitragen könnten.

4

Gegen den Beschluss wandte sich der Beschwerdeführer mit seiner Beschwerde vom 25. Juli 2000, in der er darauf hinwies, dass er seit 1986 nicht mehr straffällig geworden sei und sein Leben total geändert habe. Es sei nicht nachvollziehbar, wenn das Amtsgericht jetzt feststelle, er würde nach so langer Zeit wieder straffällig werden.

5

Mit Beschluss vom 30. August 2000 verwarf das Landgericht Hagen die Beschwerde des Beschwerdeführers unter Bezugnahme auf die "zutreffenden Gründe" des angefochtenen Beschlusses. Zugleich wies es darauf hin, dass für eine negative Prognose eine konkrete Wiederholungsgefahr zur Begehung neuer Straftaten nicht gegeben sein müsse. Ausreichend sei vielmehr die begründete Annahme, dass gegen den Betroffenen künftig erneut Verfahren wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung zu führen sein werden. Es genüge ein Anfangsverdacht dafür, dass der Beschwerdeführer künftig in den Kreis der Beschuldigten einbezogen werden könne. Es sei nicht vorauszusetzen, dass von ihm künftig rechtswidrige Taten zu erwarten seien. Eine solche Auslegung entspreche auch dem vom Gesetzgeber verfolgten Zweck der Erweiterung erkennungsdienstlicher Maßnahmen zur Erleichterung der Strafverfolgung in künftigen Strafverfahren. Die nach wie vor positive Sozialprognose des mehrfach einschlägig vorbestraften Beschwerdeführers stünde der Maßnahme deshalb nicht entgegen. Im Übrigen sei auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den langen Zeitablauf gewahrt, zumal die Registrierung für den Beschwerdeführer im Falle eines künftigen Entlastungsbeweises auch vorteilhaft sein könne.

6

2. Mit seiner Verfassungsbeschwerde rügt der Beschwerdeführer die Verletzung seiner Grundrechte aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 19 Abs. 4 und Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip. Die Entscheidungen seien lediglich formelhaft begründet worden. Dabei hätten die Fachgerichte den Einfluss und die Ausstrahlungskraft der Grundrechte grundsätzlich verkannt. Dies gelte insbesondere auch für das Landgericht, das für eine Zukunftsprognose einen bloßen Anfangsverdacht genügen lasse und bei seiner Entscheidungsfindung offenbar auf einschlägige Vorstrafen des Beschwerdeführers aus der Zeit vor 1986 zurückgegriffen habe. Eine solche Beurteilung verstoße gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.

7

3. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte Gelegenheit zur Stellungnahme, hat davon aber keinen Gebrauch gemacht.

II. Die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1876/00

8

1. Der Beschwerdeführer zu 2., der an einer psychischen Erkrankung leidet, wurde in den Jahren 1996 und 1997 dreimal wegen in der Zeit zwischen 1995 und 1997 begangener Körperverletzungen zu Geldstrafen verurteilt. Ein weiteres Strafverfahren u. a. wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung, dem Vorgänge aus dem Jahr 1999 zugrundelagen, wurde noch im gleichen Jahr wegen Schuldunfähigkeit des Beschwerdeführers eingestellt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft und ohne den Beschwerdeführer anzuhören, ordnete das Amtsgericht Bielefeld am 11. Juli 2000 die Entnahme von Zellproben des Beschwerdeführers und die Feststellung seines DNA-Identifizierungsmusters an. Zur Begründung der auf § 2 DNA-IfG i. V. m. § 81 g StPO gestützten Maßnahme berief es sich auf die genannten Straftaten, das wegen Schuldunfähigkeit eingestellte Strafverfahren und einen Tatverdacht wegen einer Katalogstraftat nach § 81 g StPO; danach bestehe Grund zu der Annahme, dass gegen den Beschwerdeführer auch künftig Strafverfahren wegen einschlägiger Taten zu führen seien.

9

Der Beschwerdeführer beanstandete diese Entscheidung mit der Beschwerde, in der er darauf hinwies, dass gegen ihn kein Strafverfahren mehr anhängig sei, vielmehr sämtliche Verfahren aus dem Jahr 1999 eingestellt worden seien. Für den Fall einer nachträglich angeordneten DNA-Analyse, die einen erheblichen Eingriff in das Persönlichkeitsrecht darstelle, fehle es an einer rechtlichen Grundlage. Im Übrigen sei die Annahme einer negativen Prognose nicht gerechtfertigt; er habe seine Lebensführung geändert und sich deshalb seit einem Jahr straffrei geführt.

10

Das Landgericht Bielefeld verwarf die Beschwerde am 8. September 2000 unter Bezugnahme auf die Gründe der amtsgerichtlichen Entscheidung. Zugleich wies es darauf hin, dass § 2 DNA-IfG Maßnahmen auch erlaube, wenn der Betroffene bei nicht auszuschließender Schuldunfähigkeit wegen einer der in § 81 g Abs. 1 StPO genannten Straftaten nicht verurteilt worden sei. Eine nach dem Beschwerdevorbringen seit einem Jahr straffreie Lebensführung sowie geänderte Lebensumstände stünden einer negativen Prognose nicht entgegen.

11

2. Mit seiner Verfassungsbeschwerde rügt der Beschwerdeführer die Verletzung seiner Rechte aus Art. 2 Abs. 1 und Art. 103 Abs. 1 GG. So sei das DNA-IfG schon keine geeignete Grundlage für die getroffenen Anordnungen, da dieses Gesetz selbst gegen Art. 1 und Art. 2 GG verstoße. Die nachträgliche Anordnung einer DNA-Analyse nach Beendigung des Strafverfahrens lasse das Interesse eines straffällig Gewordenen an einer Rehabilitation unberücksichtigt. Aber auch die angegriffenen Entscheidungen selbst stünden mit dem Grundgesetz nicht in Einklang. Sie seien unter Verletzung rechtlichen Gehörs zustandegekommen. Außerdem sei von den Gerichten nicht geprüft worden, ob seine Vorverurteilungen "erhebliche Straftaten" im Sinne von § 81 g Abs. 1 StPO seien. Es fehle an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit diesen Straftaten und deshalb auch an einer tragfähigen negativen Prognose; offensichtlich seien die Gerichte davon ausgegangen, dass die "Geringfügigkeit der Durchführung der angeordneten Maßnahme" einen größeren Aufwand an Feststellungen nicht erfordere.

12

3. Das Land Nordrhein-Westfalen hat zu der Verfassungsbeschwerde keine Stellungnahme abgegeben.

III. Die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2132/00

13

1. Anlass der gegen den Beschwerdeführer zu 3. angeordneten Maßnahme war seine Verurteilung wegen Betäubungsmitteldelikten.

14

a) Am 21. Juli 1993 verurteilte ihn das Amtsgericht Germersheim wegen fortgesetzten unerlaubten Anbaus und Erwerbs von Betäubungsmitteln zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen à 20 DM.

15

b) Am 17. Oktober 1994 folgte eine Verurteilung durch das Landgericht Landau wegen versuchter unerlaubter Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge in Tateinheit mit unerlaubtem Handeltreiben mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren mit Bewährung.

16

Nach den Feststellungen dieses Urteils wurde der zum damaligen Zeitpunkt 23 Jahre alte Beschwerdeführer, der im Hause seiner Eltern lebte und diese unterstützte, im Herbst 1992 arbeitslos. Während dieser Zeit begann er, Marihuana und Haschisch zu konsumieren, das er u. a. auch von einem Drogenhändler erwarb. Im März 1994 beschädigte er, als er jenen Händler aufsuchen wollte, dessen Kraftfahrzeug. Den von diesem geltend gemachten Schaden in Höhe von 3.500 DM konnte er nicht begleichen, woraufhin er sich durch den Drogenhändler gedrängt sah, eine Drogeneinkaufsfahrt nach Holland zu unternehmen, um mit dem Entgelt den Schaden zu begleichen. Mit dem Geld des Drogenhändlers und Mitteln aus dem Freundeskreis erwarb er in Amsterdam 4 kg Haschisch. Noch im Amsterdamer Bahnhof wurde der Beschwerdeführer festgenommen; das Haschisch wurde sichergestellt. Fünf Tage später wurde er aus der Polizeihaft entlassen, zur deutschen Grenze gebracht und dort freigelassen. Kurze Zeit später setzte er sich mit der Polizei in Deutschland in Verbindung und offenbarte den gesamten Sachverhalt.

17

Das Landgericht nahm einen minderschweren Fall der Tateinheitlich begangenen Verbrechenstatbestände an. Dafür war maßgebend, dass der Beschwerdeführer geständig war, Aufklärungshilfe im Sinne von § 31 Abs. 2 BtMG geleistet hatte und das Geschäft praktisch unter den Augen der Polizei stattgefunden hatte. Außerdem berücksichtigte das Landgericht, dass nur die "weiche" Droge Haschisch betroffen war, der Beschwerdeführer nur auf Grund des Drängens des Drogenhändlers tätig geworden war und er selbst finanziellen Schaden erlitten hatte. Insbesondere auf Grund der familiären Eingebundenheit des Beschwerdeführers und der Wiederaufnahme seiner Arbeit wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

18

2. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft und nach Anhörung des Beschwerdeführers ordnete das Amtsgericht Kandel mit Beschluss vom 10. Juli 2000 die Entnahme von Körperzellen und ihre molekulargenetische Untersuchung zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters an. Zur Begründung wies das Gericht darauf hin, dass es sich bei der letzten Verurteilung um eine Tat aus dem mittleren Kriminalitätsbereich gehandelt habe, die den Rechtsfrieden empfindlich störe und geeignet sei, das Gefühl der Rechtssicherheit der Bevölkerung erheblich zu beeinträchtigen. Nach den Umständen der Tat und der Persönlichkeit des Beschwerdeführers, wie sie sich aus dem Urteil ergebe, fehlten greifbare Anhaltspunkte dafür, dass es sich bei der Anlasstat um eine einmalige Entgleisung gehandelt haben könnte. Dabei bestünde Grund zu der Annahme, dass gegen den Beschwerdeführer auch künftig Strafverfahren wegen der in § 81 g Abs. 1 StPO bezeichneten Taten zu führen sein würden. Dem stünde auch die Strafaussetzung zur Bewährung nicht entgegen, weil es sich bei den angeordneten Maßnahmen eher um eine erkennungsdienstliche Maßnahme handele, für deren Anordnung andere Maßstäbe gälten als bei Entscheidungen nach § 56 StGB. Im Übrigen diene die Maßnahme auch dazu, einen früheren Verurteilten in einer Strafsache künftig als Verdächtigen aus dem Kreis potentieller Straftäter auszuschließen.

19

Gegen diese Entscheidung legte der Beschwerdeführer unter Hinweis darauf, dass er seit 1994 keinen Kontakt mehr zur Drogenszene habe, Beschwerde ein. Er sei nunmehr in einem festen Beschäftigungsverhältnis und habe sein soziales Umfeld verändert. Er sei seit dieser Zeit nicht mehr straffällig geworden und habe so die positive Sozialprognose des Landgerichts bestätigt. Der Nachweis sei erbracht, dass es sich bei der Anlasstat um eine einmalige Entgleisung gehandelt habe. Im Übrigen beruhe die Entscheidung des Amtsgerichts auf einer "geschönten Auslegung des § 81 g StPO", die letztlich zur Folge habe, dass jedes Betäubungsmitteldelikt zur Datenspeicherung führe. Die Annahme, dass mit Nachweisen aus einer DNA-Kartei auch ein Entlastungsbeweis geführt werden könne, sei keine Rechtfertigung für den Eingriff, der tief in sein Persönlichkeitsrecht eingreife. Die Entscheidung beruhe damit insgesamt auf einer Praxis, die nicht dem Willen des Gesetzgebers entspreche, der nicht die Absicht gehabt habe, alle Verurteilten zu einer DNA-Analyse heranzuziehen.

20

3. Der Beschwerdeführer sieht sich durch die angegriffenen Beschlüsse in seiner Menschenwürde, in seinem Persönlichkeitsrecht und seinem Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt. § 2 DNA-IfG i. V. m. § 81 g StPO knüpfe vor allem an Sexualverbrechen und nicht an Straftaten an, wie er sie begangen habe. Seine Situation sei völlig anders zu bewerten. Die Feststellungen des Amtsgerichts, es handele sich bei seiner Tat um eine solche aus dem mittleren Kriminalitätsbereich, die den Rechtsfrieden erheblich störe, sei mit den Erkenntnissen aus der landgerichtlichen Verurteilung nicht zu vereinbaren. Danach sei die Tat noch in Amsterdam entdeckt und beendet worden. In Deutschland wäre die Tat nicht einmal bekannt geworden, wenn er sich nicht selbst zur Polizei begeben hätte.

21

4. Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat von einer Stellungnahme zu dieser Verfassungsbeschwerde abgesehen.

IV. Die Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2307/00

22

1. Mit Beschluss vom 12. Oktober 2000 ordnete das Amtsgericht Ulm/Donau die Entnahme von Körperzellen des Beschwerdeführers zu 4. und ihre molekulargenetische Untersuchung zur Feststellung des DNA-Identifizierungsmusters an. Anlass dafür war eine rechtskräftige Verurteilung am 14. November 1996 zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von zehn Monaten wegen Diebstahls in einem besonders schweren Fall, die das Amtsgericht Crailsheim nach Ablauf der Bewährungszeit mit Beschluss vom 27. Dezember 2000 erlassen hat. Das Amtsgericht Ulm/Donau war der Ansicht, es seien Straftaten von erheblicher Bedeutung in Bezug auf eine der in § 81 g StPO aufgeführten Fallgruppen begangen worden. Die entsprechende Eintragung der Straftat im Bundeszentralregister bzw. im Erziehungsregister sei noch nicht getilgt. Die angeordnete molekulargenetische Untersuchung des Spurenmaterials sei zum Zwecke der Identitätsfeststellung in künftigen Strafverfahren erforderlich, weil wegen der Art der Tat, ihrer Ausführung und der Persönlichkeit des Beschwerdeführers Grund zu der Annahme bestehe, dass gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen einer der in § 81 g StPO genannten Straftaten zu führen seien.

23

Gegen diesen Beschluss legte der Beschwerdeführer Beschwerde ein, in der er darauf hinwies, dass sich der Beschluss einzig darin erschöpfe, den Gesetzeswortlaut wiederzugeben, ohne diesen mit gerichtsverwertbaren Tatsachen zu unterlegen. Er enthalte keinerlei Begründung und genüge nicht den Mindestanforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren bei einer Entscheidung über einen grundrechtsrelevanten Eingriff. Insbesondere seien keinerlei Gründe angeführt worden, die zu der Annahme führen könnten, gegen ihn seien künftig Strafverfahren wegen einer Katalogstraftat des § 81 g StPO zu führen. Der Hinweis auf die zuletzt erfolgte Verurteilung, die bereits mehr als vier Jahre und sechs Monate zurückliege, im unteren Bereich des Strafrahmens angesiedelt sei und nach Erfüllung der Bewährungsauflage mit Ablauf der Bewährungszeit zum 21. November 2000 erlassen worden sei, könne die notwendige Gefahrenprognose nicht ersetzen. Im Übrigen könne auch die Gefahr künftiger Strafverfahren nicht aus den für ihn im Bundeszentralregister eingetragenen Katalogstraftaten des Diebstahls in einem besonders schweren Fall aus den Jahren 1988 und 1989 hergeleitet werden, weil diese bereits lange zurücklägen.

24

Mit Beschluss vom 23. November 2000 verwarf das Landgericht Ulm (Donau) die Beschwerde. Zur Begründung führte es an, der Beschwerdeführer habe mit dem Diebstahl von 250 DM aus einem Spielautomaten eine Straftat von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 81 g StPO begangen. Es bestehe auch eine negative Gefahrenprognose, an die zum Schutze der Allgemeinheit und zum Zweck der praktischen Handhabbarkeit des Identitätsfeststellungsverfahrens und unter Berücksichtigung des relativ geringen Eingriffs in die körperliche Unversehrtheit keine allzu hohen Anforderungen gestellt werden dürften. Es müsse weder die Persönlichkeit des Beschwerdeführers in einer der Sozialprognose nach § 56 StGB entsprechenden Weise gewürdigt noch müssten Ermittlungen hinsichtlich der aktuellen Lebensumstände geführt werden. Ein besonderer Grad der Wahrscheinlichkeit werde im Rahmen des § 2 DNA-IfG nicht verlangt. Für eine negative Prognose reiche es vielmehr aus, dass eine einschlägige Anlasstat - wie vorliegend - gegeben sei und nach den Umständen dieser Tat, der Persönlichkeit des Täters sowie den sonstigen Umständen greifbare Anhaltspunkte dafür vorlägen, es habe sich bei dieser Tat nicht nur um eine auf ganz besondere Lebensumstände zurückzuführende einmalige Entgleisung gehandelt. Im Rahmen dieser Prognoseentscheidung genüge es, dass der Verurteilte zum Kreis potentieller Verdächtiger gehören könne. Dass es sich bei der 1996 abgeurteilten Tat des Beschwerdeführers nicht um eine einmalige Entgleisung handele, ergebe sich daraus, dass er 1987 bis 1989 viermal wegen Diebstahls bzw. versuchten Diebstahls in einem besonders schweren Fall verurteilt worden sei. Die Tat aus dem Jahr 1996 liege auch nicht so weit zurück, dass davon auszugehen sei, der Beschwerdeführer habe nunmehr mit fortschreitendem Alter eine grundsätzlich andere Lebenseinstellung gewonnen und sich stabilisiert.

25

2. Mit der Verfassungsbeschwerde rügt der Beschwerdeführer insbesondere die Verletzung seines Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung, in das nur auf Grund einer verfassungsmäßigen gesetzlichen Grundlage eingegriffen werden dürfe. § 2 DNA-IfG sei keine solche Grundlage, weil sie die Anordnung bereits bei einem alltäglich vorkommenden und der Kleinkriminalität zuzuordnenden Delikt wie dem Diebstahl in einem besonders schweren Fall zulasse und deshalb gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verstoße. Außerdem verletze die Regelung das grundgesetzlich verbürgte Verbot der Rückwirkung, da an Taten angeknüpft werde, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits rechtskräftig abgeurteilt worden seien. Den verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen an Normenklarheit sei nicht genügt, weil weder § 81 g StPO noch § 2 DNA-IfG konkrete und absolute Löschungsvorschriften enthielten. Im Übrigen stehe die generelle Verwertung des gewonnenen DNA-Identifizierungsmaterials in allen künftigen Strafverfahren nicht mit dem Grundgesetz in Einklang.

26

Auch die angegriffenen Gerichtsentscheidungen hielten einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht stand. Der amtsgerichtliche Beschluss erschöpfe sich in einer Wiedergabe des Gesetzeswortlauts und

enthalte keinerlei Begründung. Die Entscheidung des Landgerichts verkenne vollständig die Intensität des Eingriffs und stelle lediglich auf die körperliche Beeinträchtigung durch Abgabe einer Speichelprobe ab. Zu Unrecht stelle das Landgericht an den Eingriff geringste Anforderungen und verletze durch seine Anordnung, die ohne sachgerechte Abwägung aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen erfolgt sei, den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

27

3. Das Land Baden-Württemberg hat von der Möglichkeit, im Verfassungsbeschwerde-Verfahren eine Stellungnahme abzugeben, keinen Gebrauch gemacht.

B.

28

Die Kammer nimmt die Verfassungsbeschwerden der Beschwerdeführer zu 1. bis 4. zur Entscheidung an, weil dies zur Durchsetzung ihrer Grundrechte angezeigt ist (§§ 93b, 93a Abs. 2 Buchstabe b BVerfGG). Die Verfassungsbeschwerden sind zulässig, soweit sie sich gegen die Anwendung und Auslegung von § 2 DNA-IfG durch die Fachgerichte wenden, und sie sind - in einer die Entscheidungszuständigkeit der Kammer begründenden Weise - auch offensichtlich begründet; die für die Beurteilung maßgeblichen Fragen hat das Bundesverfassungsgericht bereits entschieden (§ 93c Abs. 1 Satz 1 BVerfGG). Die Gerichte der Ausgangsverfahren haben bei der Anwendung von § 2 DNA-IfG die Bedeutung und Tragweite des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (vgl. BVerfGE 65, 1 <41 ff.>) verkannt.

I.

29

Die Feststellung, Speicherung und (künftige) Verwendung des DNA-Identifizierungsmusters greift in das durch Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG verbürgte Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Dieses Recht gewährleistet die aus dem Gedanken der Selbstbestimmung folgende Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst zu entscheiden, wann und innerhalb welcher Grenzen persönliche Lebenssachverhalte offenbart werden (BVerfGE 65, 1 <41 f.>; 78, 77 <84>). Diese Verbürgung darf nur in überwiegendem Interesse der Allgemeinheit und unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden; die Einschränkung darf nicht weiter gehen als es zum Schutz des öffentlichen Interesses unerlässlich ist.

30

Dem Schrankenvorbehalt für Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung trägt die gesetzliche Regelung in § 2 DNA-IfG i. V. m. § 81 g StPO ausreichend Rechnung (vgl. Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 2000 - 2 BvR 1741/99 u. a. -). Sie bezweckt die Erleichterung der Aufklärung künftiger Straftaten von erheblicher Bedeutung und dient damit einer an rechtsstaatlichen Garantien ausgerichteten Rechtspflege, der ein hoher Rang zukommt (BVerfGE 77, 65 <76>; 80, 367 <375>).

31

Die Gerichte sind allerdings bei der Anwendung und Auslegung des § 2 DNA-IfG gehalten, bei ihrer Entscheidung die Bedeutung und Tragweite des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, in das die Feststellung, Speicherung und Verwendung des DNA-Identifizierungsmusters eingreifen, hinreichend zu berücksichtigen. Notwendig für die Anordnung der Maßnahme nach § 2 DNA-IfG ist, dass wegen der Art oder Ausführung der bereits abgeurteilten Straftat, der Persönlichkeit des Verurteilten oder sonstiger Erkenntnisse Grund zu der Annahme besteht, dass gegen ihn künftig erneut Strafverfahren wegen Straftaten von erheblicher Bedeutung zu führen sind. Vorausgesetzt ist als Anlass für die Maßnahme im Vorfeld eines konkreten Strafverfahrens eine Straftat von erheblicher Bedeutung, wobei das Vorliegen eines Regelbeispiels im Sinne von § 81 g Abs. 1 StPO nicht in jedem Fall von einer einzelfallbezogenen Prüfung der Erheblichkeit der Straftat entbindet. Gibt es etwa mit Blick auf milde Strafen oder eine Strafaussetzung zur Bewährung Hinweise aus den zu Grunde liegenden Strafverfahren auf das Vorliegen einer von der Regel abweichenden Ausnahme, muss die Entscheidung sich damit im Einzelnen auseinander setzen.

32

Die Prognoseentscheidung setzt von Verfassungs wegen voraus, dass ihr eine zureichende Sachaufklärung (vgl. BVerfGE 70, 297 <309>), insbesondere durch Beiziehung der verfügbaren Straf- und Vollstreckungsakten, des Bewährungsheftes und zeitnaher Auskünfte aus dem Bundeszentralregister vorausgegangen ist und die für sie bedeutsamen Umstände nachvollziehbar abgewogen werden. Dabei ist eine auf den Einzelfall bezogene Entscheidung, die auf schlüssigen, verwertbaren und in der Entscheidung nachvollziehbar dokumentierten Tatsachen beruht und die richterliche Annahme der Wahrscheinlichkeit künftiger Straftaten von erheblicher Bedeutung belegt, erforderlich; die bloße Bezugnahme auf den Gesetzeswortlaut reicht nicht aus (Beschluss der 3. Kammer des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 2000 - 2 BvR 1741/99 u. a. -).

II.

33

1. Diesem Maßstab genügen die von dem Beschwerdeführer zu 1. mit der Verfassungsbeschwerde angegriffenen Entscheidungen offensichtlich nicht.

34

a) Das Amtsgericht hat weder bei der Qualifizierung der Anlasstat als Straftat von erheblicher Bedeutung noch bei seiner Negativprognose den dargelegten verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt.

35